

## Zur Schulentwicklung in Herten-Süd

Gemeinsame Presseerklärung der Ratsmitglieder M. Ruhardt, M. Balzk, J. Jürgens und H. Urban

Wie in der letzten Woche der Presse zu entnehmen war, haben sich SPD und CDU gemeinsam veranlasst gesehen, die schnelle Umsetzung des gesamten Schulentwicklungskonzeptes der Stadtverwaltung zu stoppen. Der Grund dafür liegt in der Komplexität der Veränderungen, die einen erhöhten Zeitbedarf erfordern, um tatsächlich mit allen Betroffenen zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

Wir sehen die Umsetzung des Bildungsauftrages in dieser Stadt zunächst - ungeachtet der finanziellen Aspekte - als vorrangig an. Erst danach kommen die möglichen Sanierungskosten, die jedoch kein KO-Kriterium sein dürfen. Aus diesem Grund haben wir uns veranlasst gesehen, eine Besichtigung der Grundschule Am Wilhelmsplatz vorzunehmen. Wir sehen es als nicht vertretbar an, dass Investitionsüberlegungen sowie alternative Grundstücksnutzungsmöglichkeiten (z. B. durch die Berufsfeuerwehr etc.) eine Dominanz vor den bildungspolitischen Zielsetzungen erlangen.

Bei der Begehung hatten wir den Eindruck, dass entsprechend den Klassenräumen eine durchaus gute Lernatmosphäre gegeben war. Inwieweit diese von der baulichen „Schieflage“ des Gebäudes beeinträchtigt wird, ist relativ schwierig zu beurteilen. Gegenstand der Diskussion an diesem Tag war auch die kursierende, nicht nachvollziehbare finanzielle Größenordnung der Mängelbewertung durch die Stadtverwaltung. Man konnte die erhebliche Schieflage feststellen, jedoch auch, dass augenscheinlich keine Rissbildungen (im alten Teil der Schule) vorhanden waren. Es gibt eine deutliche Geruchsbelästigung im Kellergeschoss (Sanitärbereiche), die auf mangelnde Rohrverschlüsse im Leitungssystem schließen lassen. Auch das sichtbare Kellermauerwerk ist in einem altersgerechten Zustand, der sicherlich auch zukünftig Sanierungsleistungen erfordern wird. Auch unter energetischen Gesichtspunkten ist das Gebäude entsprechend den hohen Zielsetzungen der Stadt Herten verbesserungswürdig.

Der bildungspolitische Auftrag unserer Stadt sollte jedoch berücksichtigen, dass im Hertener Süden ein Sek-1-Standort zur Verfügung stehen muss. Insbesondere die relativ stabilen Anmeldungen an der Wilhelmschule und die immer noch hohen Schülerzahlen an den anderen Grundschulen in diesem Stadtteil sollten zu denken geben. Bei der Verwirklichung eines Konzeptes durch Umzug der Grundschule am Wilhelmsplatz in das Gebäude der Theodor-Heuss-Schule ginge ein solches Angebot für den bevölkerungsreichsten Stadtteil verloren. Die Bevölkerungszuwächse sind auch bedingt durch viele Familien mit Migrationshintergrund, die hier in Herten-Mitte/Süd wohnen. Dass heute bereits Engpässe in der Raumnutzung in dieser Grundschule bestehen, ist ein Fakt, der zu diskutieren und auch alternativ zu einem Umzug zu lösen ist.

Wir betonen, dass wir die zeitnahe Gründung einer Sekundarschule in Westerholt – trotz des enormen Zeitdrucks - grundsätzlich für richtig halten. Damit entsteht dort ein Angebot, das den teilweise schwierigen Übergang von der Grundschule zu einer weiterführenden Schule in diesem Stadtteil erheblich erleichtern wird.

Gleichzeitig sollte allerdings genau ein solches Angebot für die Kinder in Herten-Mitte/Süd ebenfalls zur Verfügung stehen. Werden jedoch die Vorschläge der Verwaltung umgesetzt, ist so etwas hier nicht mehr möglich. Bis auf das Gymnasium würden sich alle anderen Sek I-Standorte im Hertener Norden befinden. Bei der bekannten Entwicklung der Schülerzahlen für die nächsten zehn Jahre hätte dies zur Folge, dass die Zügigkeit der Willy-Brandt-Realschule sowie die der Rosa-Parks-Schule deutlich größer werden würden. Und darunter hätten dann alle Schüler dieser Schulen zu leiden. Und dies, obwohl alle pädagogischen Studien darauf hinweisen, dass bei sinkenden Schülerzahlen

der Trend zu wohnortnahen und kleinen Schulstandorten gehen sollte. Denn nur so wird man in den kommenden Jahren einen guten inklusiven Unterricht tatsächlich anbieten können.

Als Fazit fassen wir zusammen, dass die derzeitige Entscheidungssituation unbefriedigend ist. Es liegen – kurz vor der Einbringung einer entsprechenden Beschlussvorlage durch die Verwaltung – immer noch keine konkreten Zahlen zum Sanierungsbedarf der Grundschule vor. Zudem wird es kaum möglich sein, diese in der kurzen noch verbleibenden Zeit, zu prüfen bzw. eine andere Bewertung dagegenzustellen.